

In der Senatssitzung am 14. November 2023 beschlossene Fassung

Der Senator für Inneres und Sport

09.11.2023

L 19

Tischvorlage für die Sitzung des Senats am 14.11.2023

„Wie unterstützt der Innensenator den Bundeskanzler bei seiner geplanten Abschiebungsoffensive?“

Anfrage für die Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Landtag).

A. Problem

Die Fraktion der CDU hat für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) folgende Anfrage an den Senat gestellt:

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Personen hat der Senator für Inneres seit dem 01.09.2023 bis heute (Stichtag: 01.11.2023) aus dem Land Bremen abgeschoben und in welche Zielländer?
2. Wie viele weitere Abschiebungen wurden in diesem Zeitraum versucht und sind gescheitert aufgrund welcher externen Faktoren?
3. Wie viele Abschiebungen plant der Senator für Inneres für den Rest des Jahres 2023 und welche Anstrengungen unternimmt er dafür?

B. Lösung

Auf die vorgenannte Anfrage wird dem Senat folgende Antwort vorgeschlagen:

Zu Frage 1:

In der Zeit vom 01.09.2023 bis zum 01.11.2023 fanden 6 Rückführungen in die Zielländer Pakistan, Albanien, Serbien, Libanon, Litauen und Italien statt.

Zu Frage 2:

Im gleichen Zeitraum waren 12 Rückführungen geplant.

Diese scheiterten aufgrund folgender Faktoren:

- Personen wurden am Flugtag nicht angetroffen.
- Der Durchsuchungsantrag wurde durch das Verwaltungsgericht abgelehnt.
- Der Antrag auf Durchbeförderung durch die dänischen Behörden wurde abgelehnt.

- Überstellungen nach Kroatien scheitern häufig daran, dass innerhalb der Überstellungsfrist keine passenden Flüge gebucht werden können (nicht jede Fluggesellschaft hält Plätze für Rücküberstellungen bereit). In aktuellen Fällen ist dies erst wieder Mitte Januar 2024 möglich.
- Ein Familienmitglied befindet sich in einem lfd. Asylverfahren.

Zu Frage 3:

Bis zum Jahresende sind weitere 15 Abschiebungen geplant.

Generell erfolgt die Planung erst, wenn alle Voraussetzung für eine Abschiebung vorliegen (vollziehbare Ausreisepflicht, Passersatzpapier etc.).

Wenn dies der Fall ist, folgen ggf. Amtshilfeersuchen an die Polizei, Flugbuchungen, Anträge auf Erlass einer Durchsuchungsanordnung, Stellen von Übernahmeersuchen, Einleitung von Passersatzpapier-Verfahren.

C. Alternativen

Keine.

D. Finanzielle/ Personalwirtschaftliche Auswirkungen/Genderprüfung

Die Antwort hat keine finanziellen und personalwirtschaftlichen Auswirkungen. Genderspezifische Aspekte werden nicht berührt.

E. Beteiligung / Abstimmung

./.

F. Öffentlichkeitsarbeit/Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Die Antwort ist nach Beschlussfassung zur Veröffentlichung – auch über das zentrale elektronische Informationsregister – geeignet.

G. Beschluss

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage des Senators für Inneres und Sport vom 09.11.2023 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der CDU in der Fragestunde des Landtags zu.